

## KURZ UND PRÄGNANT

### Pro Jahr werden 500 neue Lehrer eingestellt

„Pro Jahr stellen wir in Zukunft 500 LehrerInnen neu ein, 2015 haben wir damit begonnen. Wir wollen Unterrichtsausfall bekämpfen und haben mit 100 LehrerInnen eine thüringenweite Vertretungsreserve geschaffen. Bildung ist ein wichtiger Schritt zu gelingender Integration. Um ausländischen Kindern das Lernen in Thüringer Schulen und der deutschen Sprache zu erleichtern, werden wir im Fach Deutsch als Zweitsprache in den nächsten zwei Jahren zusätzlich 100 LehrerInnen und 300 LehrerInnen mehr als bisher geplant beschäftigen.“

Schulentwicklung ist ein wichtiger Punkt auf unserer Tagesordnung. Wir wollen thüringenweit Gemeinschaftsschulen ausbauen. Eine Fachtagung zu Beginn des Jahres 2016 soll Wege und Maßnahmen zu längerem gemeinsamen Lernen aller Schülerinnen und Schüler in Gemeinschaftsschulen diskutieren.“

*Aus der jetzt erschienenen Bilanzbroschüre der Fraktion DIE LINKE „Wir machen's gerecht – Ein Jahr #r2g“*

# Bilanz über ein Jahr #r2g

**Rot-Rot-Grün will eine nachhaltige Sozial- und Arbeitspolitik. Das bedeutet, Hilfebedürftige zu unterstützen, Langzeitarbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt zu bringen, Familien zu fördern und Pflege- und Gesundheitspolitik auch an den Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft auszurichten.**

Rot-Rot-Grün bringt Langzeitarbeitslose wieder in Beschäftigung. Seit Oktober 2015 bekommen etwa 1.000 Langzeitarbeitslose mit einer öffentlich geförderten Beschäftigung im Interesse des Gemeinwohls wieder die Chance, einer Beschäftigung nachgehen zu können – ein wichtiger Schritt, um Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Insbesondere für ältere Menschen ein möglicher Wiedereinstieg ins Erwerbsleben.

Rot-Rot-Grün will eine moderne und bessere Familienpolitik. Ein Ziel ist das kostenfreie Kindergartenjahr in Thüringen ab 2018. Familien sollen so unterstützt werden, die wichtige Bildung ihrer Kinder in Kitas und Kindergärten gewährleisten zu können. Mit der Abschaffung des Landeserziehungsgeldes, der sogenannten „Herdprämie“, soll nicht mehr das Zuhausebleiben von Kindern gefördert werden, sondern die Mittel des Landes sollen in

bessere frühkindliche Bildung investiert und für das kostenfreie Kitajahr genutzt werden.

#r2g hat dafür gesorgt, dass das Blindengeld ohne Befristung in Thüringen weiter gezahlt wird. Ziel ist es, schrittweise das Thüringer Blindengeld auf den bundesweiten Durchschnitt zu erhöhen und einen Nachteilsausgleich auch für gehörlose und taubstumme Menschen zu schaffen. Die erste Erhöhung des Landesblindengeldes wird es 2016 geben.

Eine gute ärztliche Versorgung im ländlichen Raum ist für ein lebenswertes Thüringen wichtig. Deshalb fördert #r2g die Niederlassung von Ärzten und begegnet so dem Ärztemangel. Eine nachhaltige Gesundheitspolitik erfordert auch eine vernünftige Krankenhausplanung. Rot-Rot-Grün erarbeitet derzeit den aktuellen Thüringer Krankenhausplan zusammen mit allen Beteiligten und will Sicherheit in der Krankenhausplanung schaffen.

Eine Krankenversicherungskarte für Asylbewerber soll eingeführt werden, um menschenwürdige Gesundheitsversorgung zu gewährleisten und die Verwaltung zu entlasten.

#r2g hat mit der weiteren Ausgestaltung des Thüringer Pflegepaktes begonnen, den Bereich der Pflege deutlich zu verbessern. Gute Pflege bedeu-

tet unter anderem, eine hochwertige Aus-, Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und eine Erhöhung der Vergütung der Pflegeleistung. Wichtig ist aber vor allem, die Entlohnung der Beschäftigten zu verbessern.

„Älter werden – aktiv bleiben – Seniorenmitwirkung in Thüringen“ lautete das Thema der Seniorenkonferenz unserer Landtagsfraktion im Sommer 2015. Sie war der Startschuss für die Erarbeitung eines Seniorenmitbestimmungsgesetzes. Die kommunalen Strukturen für die Mitwirkung von Senioren sollen damit gestärkt und eine bessere Teilhabe ermöglicht werden.

Die auskömmliche Finanzierung der Thüringer Frauenhäuser und Interventionsstellen für von Gewalt bedrohte Frauen und deren Kinder wurde durch Rot-Rot-Grün gesichert. Mit der Benennung der ersten Gleichstellungsbeauftragten der LINKEN in Thüringen wurde ein weiterer Schritt für die Stärkung von Frauenrechten und die tatsächliche Interessenvertretung aller Frauen in Thüringen gegangen. Ein neues Frauenreferat im zuständigen Sozialministerium unterstützt ihre Arbeit.

Die Benennung eines neuen Beauftragten für Menschen mit Behinderung erfolgt zu Beginn des Jahres 2016.

## Rot-Rot-Grün will starke Kommunen

**Rot-Rot-Grün will starke Kommunen. Unser alltägliches Leben wird auch durch die Finanzstärke, also die Handlungsfähigkeit der Kommunen bestimmt. Das Angebot in der Kommune an Kultur, Jugendarbeit, sozialer Unterstützung, gutem Wohnen, Schwimmbädern, bezahlbarer Energie oder öffentlichen Verkehrsmitteln entscheidet über unsere Lebensqualität.**

Damit die Thüringer Kommunen ihre Aufgaben besser erledigen können, hat Rot-Rot-Grün 2015 als eine der ersten Maßnahmen der neuen Regierung zusätzliche 102,4 Millionen Euro frisches Geld zur Verfügung gestellt. Zusammen mit 30 Millionen Euro aus Bedarfzuweisungen und drei Millionen Euro Winterdienstkosten aus Landesmitteln wurden so die im Koalitionsvertrag zugesagten zusätzlichen Mittel von 135 Millionen Euro für die Kommunen gezahlt.

Doch allein mit diesem Hilfspaket kann die Finanzsituation der Kommunen langfristig nicht verbessert werden. Deshalb hat #r2g die Neuordnung der kommunalen Finanzierung durch das Land auf den Weg gebracht. Jeweils 1,9 Milliarden Euro will Rot-Rot-Grün für die Kommunen aus Landesmitteln pro Jahr zur Verfügung stellen. Zusätzlich dazu kommen zum Beispiel Bundesmittel für Sozialausgaben oder die Erstattung der Flüchtlingskosten. Zahlreiche Vorschläge unserer Fraktion, wie etwa die Anhebung der Mittel für Kinder und Sozialkosten oder die Besserstellung der Kurorte, finden sich im Gesetzentwurf wieder. Zusätzliche

Impulse für freiwillige Gemeindegliederungen sind hingegen im kommunalen Finanzausgleich noch nicht enthalten.

Mit dem Start der öffentlichen Diskussion zum Leitbild „Zukunftsfähiges Thüringen“ wurde von der Koalition ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform gegangen. DIE LINKE streitet dafür, dass die Reform als Einheit von Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform umgesetzt wird. Ein zentraler Bestandteil der Arbeit war die Begleitung des im Koalitionsvertrag vereinbarten Dialogs mit den kommunalen Spitzenverbänden und dem Dachverband der Bürgerinitiativen zu Straßenausbaubeiträgen, bei dem Modelle der Erhebung dieser aus anderen Bundesländern intensiv diskutiert werden.

Im Bereich der Polizei ist mit der Evaluierung der Polizeistrukturenreform durch eine Expertenkommission begonnen worden. Bis zum zweiten Quartal 2016 sollen die Ergebnisse vorliegen. Danach können notwendige Anpassungen vorgenommen werden. Der Stellenabbau bei der Polizei ist von #r2g angehalten und die Ausbildungskapazitäten für neue Polizisten sind erhöht worden. Hinsichtlich der Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamten, der Errichtung einer unabhängigen Polizeivertrauens- und Beschwerdestelle für Polizeibeamte und für von Polizeimaßnahmen Betroffene sowie der Abkehr vom rechtswidrigen sogenannten „racial profiling“ gibt es derzeit intensive Beratungen mit den Koalitionspartnern.



Auf großen Zuspruch war im Sommer die von der Linksfraktion und der Senioren-AG der Landespartei DIE LINKE organisierte Seniorenkonferenz gestoßen. Unter dem Motto „Älter werden – aktiv bleiben – Seniorenmitwirkung in Thüringen“ wurden u.a. darüber diskutiert, wie das seit 2012 geltende Seniorenmitwirkungsgesetz zu einem Seniorenmitbestimmungsgesetz weiterentwickelt werden kann. Dabei sollen die kommunalen Strukturen gestärkt und eine wirkliche gesellschaftliche Teilhabe von Seniorinnen und Senioren gewährleistet werden. In diesem Zusammenhang ist es auch das Ziel der Linksfraktion, den Landesseniorenrat und seinen Einfluss auf die Landespolitik zu stärken.

## Enquete-Kommission „Rassismus“ wird eingesetzt

Eine der Konsequenzen aus der jahrelang unentdeckten Mordserie des NSU und den Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses der 5. Legislaturperiode ist die Einsetzung einer Enquete-Kommission des Landtages zur Auseinandersetzung mit Rassismus. Die Kommission soll rassistische Einstellungen in Thüringen und ihre Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben sowie die daraus entstehende Gefahr für die Demokratie untersuchen.

Ergebnisse vorliegender Studien („Thüringen-Monitor“ der Universität Jena, „Mitte-Studien“ der Universität Leipzig, „Deutsche Zustände“ der Universität Bielefeld) sollen in die Untersuchung mit einbezogen werden. Die Kommission soll Ursachen für das Entstehen und die Verbreitung rassistischer Einstellungen identifizieren und Handlungsempfehlungen für die Umsetzung zivilgesellschaftlicher und institutioneller Konzepte zur Zurückdrängung rassistischer Einstellungen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit insbesondere in den Bereichen zivilgesellschaftlicher Auseinandersetzung, administrativen Verwaltungshandelns, Bildung, Medien, Kultur, Arbeitswelt entwickeln.